

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

25. Ministerrat

30. Juni 2020

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 2. Juni 2020, mit dem ein Beschluss vom 14. Mai 2020 betreffend „gengerechte, medizinische, psychosoziale und pflegerische Versorgung von Frauen bis ins hohe Alter gewährleisten“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Salzburg vom 2. Juni 2020, mit dem ein Beschluss vom 27. Mai 2020 betreffend „ausreichende finanzielle Ausstattung des Bundesheeres, um insbesondere die verfassungsmäßigen Aufgaben vollziehen zu können und die Einsatzfähigkeit weiterhin zu gewährleisten“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 8. Juni 2020, mit dem ein Beschluss vom 27. Mai 2020 betreffend „Sicherstellung der langfristigen Förderung von Photovoltaikanlagen“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 9. Juni 2020, mit dem ein Beschluss vom 26. Juni 2019 betreffend „Schaffung des Berufsbildes und der Ausbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 9. Juni 2020, mit dem ein Beschluss vom 27. Mai 2020 betreffend „Ökologisierung bei Kassabellen“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Amtes der Kärntner Landesregierung vom 3. Juni 2020, mit dem eine Resolution vom 3. Juni 2020 betreffend „Solidarisierung der Netzkosten zur Entlastung der Kärntner Bevölkerung“ vorgelegt wird.
7. Schreiben von sieben Gemeinden (Paternion, Rotenturm a.d. Pinka, Grafenschachen, Neudorf, Bruckneudorf, Illmitz, Hirm), mit denen Resolutionen betreffend „Rettung der Gemeindeleistungen und kommunales Investitionspaket für Arbeit & Wirtschaft“ vorgelegt werden.
8. Schreiben von zwei Gemeinden (St. Veit a.d. Gölsen, Schwechat), mit denen Resolutionen betreffend „Kommunaler Rettungsschirm für Städte und Gemeinden!“ vorgelegt werden.
9. E 56-NR/XXVII.GP vom 17. Juni 2020 betreffend „Geschlechtsspezifische Auswirkungen der Corona-Krise“ (Wortlaut siehe Beilage).
10. E 57-NR/XXVII.GP vom 17. Juni 2020 betreffend „des Nationalen Aktionsplans zu Frauengesundheit“ (Wortlaut siehe Beilage).

11. E 58-NR/XXVII.GP vom 17. Juni 2020 betreffend „Schwerpunktsetzung: Gewalt an Frauen und Mädchen“ (Wortlaut siehe Beilage).
12. E 59-NR/XXVII.GP vom 17. Juni 2020 betreffend „Fortführung des Nationalen Aktionsplans zum Schutz von Frauen vor Gewalt“ (Wortlaut siehe Beilage).
13. E 60-NR/XXVII.GP vom 17. Juni 2020 betreffend „regelmäßige Hochrisikofallkonferenzen in ganz Österreich“ (Wortlaut siehe Beilage).
14. E 61-NR/XXVII.GP vom 17. Juni 2020 betreffend „aktuelle Situation in den USA nach dem Tod von George Floyd“ (Wortlaut siehe Beilage).
15. E 62-NR/XXVII.GP vom 17. Juni 2020 betreffend „Gewalterfahrungen und Diskriminierung“ (Wortlaut siehe Beilage).
16. E 63-NR/XXVII.GP vom 18. Juni 2020 betreffend „Evaluierung der A3 Verlängerung nach Klingebach“ (Wortlaut siehe Beilage).
17. E 64-NR/XXVII.GP vom 18. Juni 2020 betreffend „Kennzeichnung für Ei-Produkte, klare Transparenz für Konsumentinnen und Konsumenten“ (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung des Nationalrates vom 17. Juni 2020

betreffend „Geschlechtsspezifische Auswirkungen der Corona-Krise“

Die Bundesregierung wird ersucht, die derzeitigen Bemühungen rund um die Abfederung der Krise effizient fortzuführen und abschließend mögliche Auswirkungen anhand der verfügbaren Daten zu evaluieren, um mögliche Rückschlüsse auf geschlechterspezifische Auswirkungen ziehen zu können, ohne dadurch zusätzliche Verwaltungslasten durch die Datenaufbereitung entstehen zu lassen und allfällige entsprechend Initiativen zu setzen.

EntschlieÙung des Nationalrates vom 17. Juni 2020

betreffend des Nationalen Aktionsplan zu Frauengesundheit

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen und Integration und der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, werden aufgefordert, die Forcierung des Nationalen Aktionsplans Frauengesundheit sicherzustellen. Dies gilt insbesondere für die Punkte - Erstellung eines jährlichen Frauengesundheitsberichts

- Verbesserung der Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen, insbesondere von werdenden Müttern sowie Frauen über 60

- Vorsorge zu spezifischen Gesundheitsproblemen von Frauen – insbesondere in Bezug auf psychische Gesundheit

- Forcierung der Gender Medizin.

EntschlieÙung des Nationalrates vom 17. Juni 2020

betreffend Schwerpunktsetzung: Gewalt an Frauen und Mädchen

Die Bundesregierung, insbesondere die Frauen- und Integrationsministerin, wird ersucht, auch in Zeiten der zunehmenden Lockerungen in der COVID-19-Krise die politische Schwerpunktsetzung zu „Gewalt an Frauen und Mädchen“ mittels regelmäßiger und verstärkter Information sowie Kommunikation in der Öffentlichkeit intensiv fortzuführen und damit weiterhin Präventionsarbeit zu leisten.

59/E XXVII. GP

EntschlieÙung des Nationalrates vom 17. Juni 2020

betreffend Fortföhrung des Nationalen Aktionsplans zum Schutz von Frauen vor Gewalt

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Nationalen Aktionsplan zum Schutz von Frauen vor Gewalt zu evaluieren und weiterentwickeln, und dafür ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen.

EntschlieÙung des Nationalrates vom 17. Juni 2020

betreffend regelmäßige Hochrisikofallkonferenzen in ganz Österreich

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen und Integration und der Bundesminister für Inneres werden dazu aufgefordert, ein Konzept zu den sicherheitspolizeilichen Fallkonferenzen zu erarbeiten. Bei der Entwicklung des Settings sollen die Opferschutzeinrichtungen eingebunden werden.

EntschlieÙung des Nationalrates vom 17. Juni 2020

betreffend aktuelle Situation in den USA nach dem Tod von George Floyd

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird anlässlich der aktuellen Situation in den USA nach dem gewaltsamen Tod von George Floyd aufgefordert, sich weiterhin auf internationaler und europäischer Ebene für die Einhaltung und Stärkung der Grund- und Menschenrechte einzusetzen.

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Beziehungen wird zudem ersucht, sich weiterhin aktiv auf internationaler und europäischer Ebene, in den entsprechenden internationalen Gremien, gegen Rassismus, Verhetzung und Diskriminierung weltweit einzusetzen.

In diesem Zusammenhang wird der Bundesminister für europäische und internationale Beziehungen, aufgefordert, Österreichs aktuelle Position im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen als Mitglied aktiv zu nützen, um eines der grundlegendsten menschenrechtlichen Prinzipien, nämlich der Gleichheit aller Menschen an Würde und Rechten Ausdruck zu verleihen, und entsprechende Initiativen zur Bekämpfung von Rassismus, Verhetzung und Diskriminierung weiterhin zu unterstützen. Der Bundesminister für europäische und internationale Beziehungen, wird aufgefordert wie im Regierungsprogramm vorgesehen die Stärkung der Zivilgesellschaft, von Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten sowie Journalistinnen und Journalisten und demokratischen Kräften zu unterstützen.

Darüber hinaus wird der Bundesminister für europäische und internationale Beziehungen dazu aufgefordert, die aktuellen Ereignisse auch auf bilateraler Ebene mit den USA entsprechend zu thematisieren.

EntschlieÙung des Nationalrates vom 17. Juni 2020

betreffend Gewalterfahrungen und Diskriminierung

Die zuständigen Bundesminister werden aufgefordert sich für die Stärkung der Schutzmöglichkeiten gegen Diskriminierung von Menschen einzusetzen, die aufgrund verschiedener Merkmale diskriminiert werden. Dazu gehören unter anderem Personen mit Beeinträchtigungen, Migrationshintergrund, unterschiedlicher Hautfarbe oder Religion, sowie LGBTI-Personen. Manche sind von Mehrfachdiskriminierung betroffenen. Diese Menschen sind vermehrt von Abwertung und Hate Crime betroffen.

EntschlieÙung des Nationalrates vom 18. Juni 2020

betreffend Evaluierung der A3 Verlängerung nach Klingenbach

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, wird ersucht, dem Nationalrat bis 21. September 2020 einen Evaluierungsbericht vorzulegen, welche Auswirkungen durch die Fortführung der Verlängerung der Südost Autobahn A3 von Eisenstadt nach Klingenbach verursacht würden, insbesondere im Hinblick auf den bevorstehenden Lückenschluss mit dem ungarischen Autobahnnetz und die sich dadurch ergebenden großräumigen Verkehrsbewegungen. Sofern das Land Burgenland und die betroffenen Gemeinden weitere Varianten darstellen, wie sich allenfalls zu erwartende negative Entwicklungen auf die Gemeinden vermeiden lassen können, wird die ASFINAG diesen Prozess unterstützen. Ein alternatives Verkehrskonzept sollte vermeiden, dass der Transitverkehr und PKW-Verkehr direkt durch die betroffenen Ortschaften in allen Regionen führt und die Bevölkerung belastet.

EntschlieÙung des Nationalrates vom 18. Juni 2020

betreffend Kennzeichnung für Ei-Produkte, klare Transparenz für Konsumentinnen und Konsumenten

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird ersucht, in Absprache mit der Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung der Primärzutaten Milch, Fleisch und Eier in der Gemeinschaftsverpflegung (öffentlich und privat) und in verarbeiteten Lebensmitteln ab 2021 entsprechend dem Regierungsprogramm umzusetzen.

Ebenso wird der Minister ersucht, den Gesundheitsausschuss des Nationalrats vor einer etwaig notwendigen Notifizierung der geplanten Maßnahmen bei der EU-Kommission von den Planungen in geeigneter Weise zu informieren.